

Antrag

der Abgeordneten Dirk Becker, Marco Bülow, Gerd Bollmann, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Oliver Kaczmarek, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Bernd Scheelen, Frank Schwabe, Ute Vogt, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Vorurteilsfreie Prüfung der Modelle zur Wertstoffeffassung im Rahmen des Planspiels zur Fortentwicklung der Verpackungsverordnung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Zusammenhang mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung ist auf Initiative der Fraktion der SPD die Durchführung eines Planspieles vereinbart worden, um eine umfassende Überprüfung des bestehenden Systems der Verpackungsentsorgung vorzunehmen. Dabei sollten alle Möglichkeiten eines grundlegenden Neuanfangs bei der Verpackungsentsorgung betrachtet und diverse Optionen zur Organisation und Finanzierung der Sammlung, Sortierung und Verwertung getestet werden.

Nach der jetzt bekannten Ausgestaltung und eines moderierten Verfahrens ist davon auszugehen, dass es sich nicht mehr um ein ergebnisoffenes Planspiel handelt, das den Vollzug nachhaltig verbessert und Optimierungspotenziale erschließt.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit versucht, im Gegensatz zu positiven Erfahrungen mit dem Planspiel zum Baugesetz und -buch, durch eine Vorauswahl von zwei aus vier möglichen Modellen zur Zuständigkeit der Wertstofftonne, Entscheidungen zu präjudizieren. Hierüber ist keine Diskussion in den gebildeten Projektgruppen möglich, obwohl die beauftragten Gutachter keine Dominanz eines Modells im Ergebnis feststellen konnten.

Zum Modell Vier in kommunaler Trägerschaft stellen die Gutachter zudem fest, dass dieses eine Sonderstellung innerhalb der Untersuchung aufweise, da es auf dem Prinzip der Einheitlichkeit von Organisations- und Finanzierungsverantwortung basiere und dabei den öffentlichen Akteuren zugeordnet sei. Das Modell stelle eine Überlegung zu einer grundlegenden Neuorientierung der Abfallwirtschaft dar, die noch weiter konkretisiert und geprüft werden müsse.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass bei dem bereits begonnenen Planspiel und dem moderierten Dialog zur Organisation und Finanzierung einer Abfall- bzw. Wertstoffeffassung alle in dem Gutachten untersuchten Modelle vorurteilsfrei untersucht werden.

Berlin, den 12. April 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion